

Wahrheit über Hamburger Bürgergeld: Zahlen, die überraschen!

Statistische Auswertung zeigt, wer in Hamburg Bürgergeld bezieht und warum viele nicht arbeiten können – Fakten zur aktuellen Debatte.

Das Bundeskabinett hat beschlossen, die Sanktionen für Bürgergeldbezieher zu verschärfen. Wer eine zumutbare Arbeit, Ausbildung oder Maßnahme ablehnt, wird künftig mit einer sofortigen Kürzung von 30 Prozent des Bürgergeldes für drei Monate bestraft. Darüber hinaus werden auch verpasste Arzt- oder Jobcenter-Termine strenger sanktioniert und das Vermögen der Betroffenen wird früher überprüft. Laut der Hamburger Agentur für Arbeit beziehen in der Hansestadt 198.714 Menschen Bürgergeld, wobei nur 137.796 von ihnen als erwerbsfähig gelten. Die Mehrheit sind Kinder und Jugendliche, was viele zu der Annahme verleitet, alle Empfänger könnten theoretisch arbeiten.

Besonders alarmierend ist der hohe Anteil ausländischer Bürgergeldbezieher: 49,8 Prozent haben eine ausländische Staatsangehörigkeit, obwohl Ausländer nur 20,7 Prozent der Hamburger Bevölkerung ausmachen. Viele Migranten kämpfen aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und Hindernissen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, was die Jobsuche erschwert. Trotz dieser Herausforderungen arbeiten viele Migranten im Niedriglohnsektor und beziehen aufstockende Leistungen. Die Debatte über „Totalverweigerer“, also Menschen, die jede Arbeit ablehnen, bleibt umstritten, da nur 832 Sanktionen in Hamburg wegen Arbeitsverweigerung verhängt wurden. Für detailliertere Informationen und eine

gründliche Analyse, **melden Sie sich bei www.welt.de**.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de